

# Inhaltsübersicht

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsverzeichnis . . . . .	XI
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
<i>Einleitung</i> . . . . .	1
<i>Erster Teil: Die Eignung des Telekommunikationsrechts als Referenzgebiet der Untersuchung</i> . . . . .	13
1. Kapitel: Besonderheiten des Telekommunikationsrechts . . . . .	15
2. Kapitel: Die Behördenorganisation und das Verfahren der Marktregulierung im Telekommunikationsrecht . . . . .	49
<i>Zweiter Teil: Administrative Letztentscheidungsbefugnisse und ihre verfassungsrechtlichen Determinanten</i> . . . . .	87
3. Kapitel: Die allgemeine Dogmatik administrativer Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .	89
4. Kapitel: Administrative Letztentscheidungsbefugnisse im Telekommunikationsrecht . . . . .	112
5. Kapitel: Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Einräumung administrativer Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .	146
<i>Dritter Teil: Der Ausgleich materiell-rechtlicher Schwächen des TKG durch Organisations- und Verfahrensregelungen</i> . . . . .	201
6. Kapitel: Die generelle Kompensationsfähigkeit materiell-rechtlicher Defizite durch Organisations- und Verfahrensrecht . . . . .	203
7. Kapitel: Die Rechtfertigung materiell-rechtlicher Defizite des Telekommunikationsrechts durch Organisation und Verfahren . . . . .	260
<i>Vierter Teil: Vorschläge zur Änderung der Behördenorganisation und des Verwaltungsverfahrens im Bereich der telekommunikations- rechtlichen Marktregulierung</i> . . . . .	283
8. Kapitel: Die Beschlusskammerorganisation . . . . .	285

9. Kapitel: Das Beschlusskammerverfahren . . . . .	317
10. Kapitel: Verwaltungsinterne Kontrolle . . . . .	326
<i>Fünfter Teil: Resümee . . . . .</i>	<i>349</i>
11. Kapitel: Bedeutung und Potential organisations- und verfahrensrechtlicher Lösungen . . . . .	351
Literaturverzeichnis . . . . .	371
Sachverzeichnis . . . . .	403

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort . . . . .	VII
Inhaltsübersicht . . . . .	IX
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XXI
<i>Einleitung</i> . . . . .	1
A. Problemaufriss . . . . .	1
I. Besonderheiten des Regulierungsrechts . . . . .	2
II. Verwaltungs- und verfassungsrechtliche Schwierigkeiten im Umgang mit dem Regulierungsrecht . . . . .	3
III. Das Regulierungsermessen als Sinnbild für die Herausforderungen des Regulierungsrechts . . . . .	5
IV. Die Bedeutung von Organisation und Verfahren im Zusammenhang mit administrativen Letztentscheidungs- befugnissen . . . . .	7
B. Forschungsbedarf . . . . .	8
C. Gang der Untersuchung . . . . .	11

### Erster Teil

#### Die Eignung des Telekommunikationsrechts als Referenzgebiet der Untersuchung

<i>1. Kapitel: Besonderheiten des Telekommunikationsrechts</i> . . . . .	15
A. Regulierungsrecht . . . . .	15
B. Besonderheiten der materiell-rechtlichen Grundlagen im Bereich der telekommunikationsrechtlichen Marktregulierung . . . . .	20
I. Final geprägte Gesetzesstruktur . . . . .	21
1. Der Zielkatalog des TKG . . . . .	21
2. Die Einbindung der Ziele in die Befugnisnormen . . . . .	22
a) Ähnlichkeit mit Planungsnormen . . . . .	23
b) Finale Überformung der telekommunikationsrechtlichen Befugnisnormen . . . . .	26
II. Offene Tatbestände . . . . .	28

1. § 21 TKG – Zugangsverpflichtungen . . . . .	29
2. § 30 TKG – Entgeltgenehmigung . . . . .	32
C. Herausforderungen im Telekommunikationssektor . . . . .	34
I. Dynamik der Telekommunikationsmärkte . . . . .	34
II. Komplexität der Regulierungsaufgabe . . . . .	38
D. Das europarechtliche Leitbild einer „starken Regulierungsbehörde“	41
E. Fazit . . . . .	47
2. Kapitel: Die Behördenorganisation und das Verfahren der Marktregulierung im Telekommunikationsrecht . . . . .	49
A. Die Organisation der Bundesnetzagentur . . . . .	49
I. Errichtung . . . . .	49
II. Zuständigkeitsabgrenzungen . . . . .	51
1. Allgemeine Wettbewerbsbehörden . . . . .	51
2. Fachverwaltung . . . . .	53
3. Landesbehörden . . . . .	53
III. Die Einbindung der Bundesnetzagentur in einen europäischen Regulierungsverbund . . . . .	54
1. Befugnisse der Kommission im telekommunikations- rechtlichen Regulierungsverbund . . . . .	55
2. Koordinierung mit anderen nationalen Regulierungsbehörden . . . . .	56
3. Konsequenzen des europarechtlichen Regulierungs- konzepts . . . . .	57
IV. Aufbau der Bundesnetzagentur . . . . .	58
1. Leitung . . . . .	58
2. Fachabteilungen . . . . .	60
3. Beschlusskammern . . . . .	60
a) Bildung und Wesen . . . . .	61
b) Mitglieder . . . . .	63
c) Aufgaben . . . . .	66
d) Unabhängigkeit? . . . . .	66
aa) Gegenüber der Ministerialbürokratie . . . . .	67
bb) Gegenüber der Behördenleitung . . . . .	70
cc) Europarechtskonforme Auslegung . . . . .	72
4. Beirat . . . . .	72
5. Wissenschaftliche Beratung . . . . .	75
B. Das Marktregulierungsverfahren im Telekommunikationsrecht . .	76
I. Marktdefinition nach § 10 TKG . . . . .	77
II. Marktanalyse nach § 11 TKG . . . . .	78
III. Erlass einer Regulierungsverfügung nach § 13 TKG . . . . .	78
IV. Entgeltgenehmigungen . . . . .	80

V. Durchführung des Konsultations- und Konsolidierungsverfahrens nach § 12 TKG . . . . .	80
1. Nationales Konsultationsverfahren . . . . .	80
2. Unionsweites Konsolidierungsverfahren . . . . .	82
VI. Besonderheiten des Beschlusskammerverfahrens . . . . .	83
C. Fazit . . . . .	86

Zweiter Teil

Administrative Letztentscheidungsbefugnisse und ihre verfassungsrechtlichen Determinanten

<i>3. Kapitel: Die allgemeine Dogmatik administrativer Letztentscheidungsbefugnisse</i> . . . . .	89
A. Das Grundmodell vollständiger rechtlicher und tatsächlicher Verwaltungskontrolle . . . . .	89
B. Einschränkungen der gerichtlichen Kontrolldichte durch administrative Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .	91
I. Allgemeines Verwaltungsermessen . . . . .	92
II. Beurteilungsspielraum . . . . .	97
III. Planungsermessen . . . . .	100
C. Die normative Ermächtigungslehre . . . . .	104
I. Die Kernaussage der normativen Ermächtigungslehre . . . . .	105
II. Kriterien für eine administrative Letztentscheidungsbefugnis . . . . .	106
III. Differenzierung zwischen Sachgründen, Erkennungsmerkmalen und verfassungsrechtlicher Zulässigkeit von administrativen Letztentscheidungsbefugnissen . . . . .	107
IV. Die Doppelstellung von Organisation und Verfahren als Erkennungsmerkmal und Rechtmäßigkeitsvoraussetzung administrativer Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .	108
D. Fazit . . . . .	110
<i>4. Kapitel: Administrative Letztentscheidungsbefugnisse im Telekommunikationsrecht</i> . . . . .	112
A. Das Regulierungsermessen in der Rechtsprechung des BVerwG . . . . .	112
I. Das Regulierungsermessen als neue Form der administrativen Letztentscheidungsbefugnis . . . . .	113
II. Kontrollmaßstab . . . . .	115
III. Ausdehnung des Anwendungsbereichs . . . . .	116
IV. Die besondere Problemträchtigkeit . . . . .	117

V. Mögliche Gründe für die Entwicklung . . . . .	120
B. Weitere administrative Letztentscheidungsbefugnisse im Telekommunikationsrecht . . . . .	122
C. Bestätigung der Rechtsprechung zum Beurteilungsspielraum bei §§ 10, 11 TKG durch das BVerfG . . . . .	123
D. Tendenzen zur Intensivierung der gerichtlichen Kontrolle bei administrativen Letztentscheidungsbefugnissen . . . . .	126
E. Die Standpunkte aus der Literatur . . . . .	127
F. Administrative Letztentscheidungsbefugnisse im Telekommunikationsrecht als Ausprägung funktionsgerechter Aufgabenwahrnehmung . . . . .	131
I. Der Grundsatz funktionsgerechter Organstruktur als Ausprägung des Gewaltenteilungsgrundsatzes . . . . .	132
II. Das Telekommunikationsrecht als Anwendungsfall des Grundsatzes funktionsgerechter Organstruktur . . . . .	136
1. Besonderheiten der telekommunikationsrechtlichen Entscheidungsstrukturen . . . . .	136
2. Notwendigkeit einer teilweisen Zurücknahme der gerichtlichen Kontrolldichte . . . . .	139
a) Grenzen der gerichtlichen Kontrollkompetenz . . . . .	140
b) Problematik der gerichtlichen Ingerenzen im Telekommunikationssektor . . . . .	141
c) Konsequenzen für die Rechtfertigung administrativer Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .	142
G. Fazit . . . . .	144
<i>5. Kapitel: Die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Einräumung administrativer Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .</i>	<i>146</i>
A. Die Bedeutung von Art. 19 Abs. 4 GG für die gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	147
I. Art. 19 Abs. 4 GG als Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes . . . . .	147
II. Art. 19 Abs. 4 GG und die gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	148
III. Die Bedeutung von Art. 19 Abs. 4 GG bei der Durchführung der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle und der Einräumung administrativer Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .	152
1. Die Durchführung der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle	152
2. Die Einräumung administrativer Letztentscheidungs- befugnisse . . . . .	153
B. Die Grundrechte in Verbindung mit dem Verhältnismäßigkeits- grundsatz . . . . .	154
I. Das grundrechtliche Gebot umfassenden Rechtsschutzes . . .	154

1. Administrative Letztentscheidungsbefugnisse als Beeinträchtigung der Grundrechte in ihrer prozedural- organisatorischen Schutzdimension . . . . .	155
2. Unterschiede zum Gebot effektiven Rechtsschutzes nach Art. 19 Abs. 4 GG . . . . .	158
a) Gerichtliche Kontrolldichte . . . . .	158
b) Adressat des Rechtsschutzanspruchs . . . . .	159
II. Das Verhältnismäßigkeitsgebot als Maßstab der gesetzlichen Ausgestaltung . . . . .	160
C. Der Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	162
I. Die Wesentlichkeitstheorie als Maßstab für die gesetzliche Regelungsdichte . . . . .	164
II. Kriterien zur Bestimmung der Wesentlichkeit . . . . .	168
1. Grundrechtsrelevanz . . . . .	169
2. Weitere Kriterien für und gegen die Wesentlichkeit . . . . .	170
III. Bedenken im Hinblick auf das Marktregulierungsrecht . . . . .	172
1. Die gebotene materiell-rechtliche Regelungsdichte im Telekommunikationsrecht . . . . .	173
2. Mangelnde inhaltliche Determinierung des Verwaltungshandelns . . . . .	177
D. Das Demokratieprinzip . . . . .	178
I. Die demokratische Legitimation der Verwaltung . . . . .	178
II. Die Legitimationsmodi . . . . .	180
1. Organisatorisch-personelle Legitimation . . . . .	182
2. Sachlich-inhaltliche Legitimation . . . . .	182
3. Das Verhältnis der Legitimationsmodi zueinander . . . . .	186
III. Bedenken im Hinblick auf das Marktregulierungsrecht . . . . .	187
1. Schwache sachlich-inhaltliche Legitimation . . . . .	188
2. Ungenügender Ausgleich durch die organisatorisch- personelle Legitimation . . . . .	190
E. Das Bestimmtheitsgebot . . . . .	192
I. Die verfassungsrechtlichen Vorgaben an die Bestimmtheit von Gesetzen . . . . .	192
II. Bedenken im Hinblick auf das Marktregulierungsrecht . . . . .	196
1. Fehlende Bestimmtheit wesentlicher gesetzlicher Vorgaben	196
2. Vorhersehbarkeitssteigerung durch Konzepte nach § 15a TKG? . . . . .	197
F. Fazit . . . . .	199

## Dritter Teil

Der Ausgleich materiell-rechtlicher Schwächen des TKG  
durch Organisations- und Verfahrensregelungen

<i>6. Kapitel: Die generelle Kompensationsfähigkeit materiell-rechtlicher Defizite durch Organisations- und Verfahrensrecht</i> . . . . .	203
A. Die allgemeinen Voraussetzungen der Kompensation eines rechtlich defizitären Zustands . . . . .	204
B. Kompensation einer schwachen materiell-rechtlichen Regelungsdichte durch Organisation und Verfahren . . . . .	205
I. Kompensationslage . . . . .	206
II. Kompensationsleistung . . . . .	207
III. Funktionszusammenhang . . . . .	209
1. Die Bedeutung des Verfahrens für das Verwaltungshandeln . . . . .	209
a) Traditionelle Konzeption: Nachrang des Verfahrensrechts . . . . .	210
b) Gegenwurf: Richtigkeitsgewähr durch Verfahren . . . . .	214
aa) Gewähr der richtigen Anwendung des materiellen Rechts bei hoher materieller Regelungsdichte . . . . .	214
bb) Kompensation fehlender materieller Vorgaben bei niedriger materieller Regelungsdichte . . . . .	217
2. Richtigkeitsgewähr durch Organisationsrecht . . . . .	222
3. Das Kompensationspotential einer Kontextsteuerung durch Organisation und Verfahren . . . . .	224
C. Kompensation gerichtlicher Rechtsschutzdefizite durch behördlichen Rechtsschutz . . . . .	226
I. Kompensationslage . . . . .	227
II. Kompensationsleistung . . . . .	228
1. Behördlicher und gerichtlicher Rechtsschutz . . . . .	229
2. Die Verwaltungsentscheidung als zeitliche Zäsur . . . . .	229
III. Funktionszusammenhang . . . . .	230
1. Die Unergiebigkeit des Topos „Grundrechtsschutz durch Organisation und Verfahren“ für die Kompensation gerichtlicher Rechtsschutzdefizite durch Behördenorganisation und Verwaltungsverfahren . . . . .	231
2. Die Eigenständigkeit des behördlichen Rechtsschutzes gegenüber dem gerichtlichen Rechtsschutz . . . . .	232
3. Ansatzpunkte für einen Funktionszusammenhang . . . . .	235
a) Rechtsschutzkompensation durch nachgelagerte behördliche Kontrolle der Ausgangsentscheidung . . . . .	236
aa) Wesensmerkmale des gerichtlichen Rechtsschutzes . . . . .	236
bb) Lediglich eingeschränkter Funktionszusammenhang zwischen gerichtlichem Rechtsschutzdefizit und	



organisations- und verfahrensrechtlicher Kompensationsleistung . . . . .	238
b) Rechtsschutzkompensation im Vorfeld der Behördenentscheidung . . . . .	241
aa) Gerichtlicher Rechtsschutz gegenüber gebundenen und ungebundenen Verwaltungsentscheidungen . . . . .	241
bb) Die Rechtsprechung zu Kollegialgremien . . . . .	244
cc) Einschränkungen des Ansatzes . . . . .	246
c) Rechtsschutzkompensation durch Stärkung der Verfahrens- und Organisationskontrolle . . . . .	247
aa) Rechtsschutzkompensation durch Verfahrens- und Organisationskontrolle . . . . .	247
bb) Verdichtung der gesetzlichen Organisations- und Verfahrensregelungen . . . . .	250
cc) Tatsächliche Durchführung einer Verfahrens- und Organisationskontrolle . . . . .	251
dd) (Teilweises) Abrücken von den Einschränkungen der Organisations- und Verfahrenskontrolle . . . . .	252
(1) Beschränkung auf individualschützende Rechtsverstöße . . . . .	253
(2) Heilung und Unbeachtlichkeit von formellen Fehlern nach §§ 45, 46 VwVfG . . . . .	254
D. Fazit . . . . .	258

*7. Kapitel: Die Rechtfertigung materiell-rechtlicher Defizite des*

<i>Telekommunikationsrechts durch Organisation und Verfahren . . . . .</i>	260
--	-----

A. Rechtsschutzkompensation durch Organisation und Verfahren? . . . . .	260
I. Nachgelagerter behördlicher Rechtsschutz . . . . .	261
II. Vorgelagerter behördlicher Rechtsschutz . . . . .	262
1. Beschlusskammern als Kollegialorgane . . . . .	262
2. Besondere fachliche Legitimation . . . . .	264
3. Besonderes Verfahren . . . . .	266
a) Die Verknüpfung von öffentlicher mündlicher Verhandlung und Konsultationsverfahren . . . . .	267
b) Das Beschlusskammerverfahren im Übrigen . . . . .	268
III. Ermöglichung einer Verfahrens- und Organisationskontrolle . . . . .	269
1. Die Problematik des Konsultationsverfahrens nach § 12 Abs. 1 TKG . . . . .	269
a) Der individualrechtsschützende Charakter des § 12 Abs. 1 TKG . . . . .	269
b) Die mangelnde Detailliertheit der gesetzlichen Ausgestaltung des Konsultationsverfahrens . . . . .	271
2. Übertragung der Kausalitätsrechtsprechung auf das Telekommunikationsrecht . . . . .	272

B. Regelungsdichtekompensation durch Organisation und Verfahren? . . . . .	273
I. Kompensation des materiellen Steuerungsdefizits durch Organisationsregelungen . . . . .	273
II. Kompensation des materiellen Steuerungsdefizits durch Verfahrensregelungen . . . . .	276
III. Keine Kompensation für gesetzliche Unbestimmtheit . . . . .	277
1. Kompensation durch Organisationsregelungen . . . . .	277
2. Kompensation durch Verfahrensregelungen . . . . .	277
a) Das Konsistenz- und Abstimmungsgebot . . . . .	278
b) Frühzeitige Einbeziehung in das Verfahren . . . . .	279
C. Fazit . . . . .	280

#### Vierter Teil

### Vorschläge zur Änderung der Behördenorganisation und des Verwaltungsverfahrens im Bereich der telekommunikationsrechtlichen Marktregulierung

8. Kapitel: Die Beschlusskammerorganisation . . . . .	285
A. Status quo . . . . .	285
B. Änderungsvorschläge . . . . .	286
I. Zahl der Beschlusskammermitglieder . . . . .	286
1. Zusätzliche Mitglieder in lediglich beratender Funktion oder als voll stimmberechtigte Entscheidungsträger? . . . . .	288
2. Die ideale Mitgliederzahl . . . . .	289
a) Vorbilder aus der deutschen Rechtsordnung . . . . .	289
aa) Beispiele aus dem Privatrecht . . . . .	290
bb) Beispiele aus der Legislative . . . . .	292
cc) Beispiele aus der Exekutive . . . . .	292
dd) Beispiele aus der Judikative . . . . .	293
ee) Schlussfolgerungen . . . . .	296
b) Das Vorbild amerikanischer „agencies“ . . . . .	296
c) Untersuchungen zur optimalen Größe von Gremien . . . . .	297
d) Plädoyer für fünf Mitglieder . . . . .	301
II. Berufliche Qualifikation . . . . .	303
1. Besetzung bei einem Dreiergremium . . . . .	303
a) Das Beispiel der österreichischen Telekom-Control-Kommission . . . . .	303
b) Sinn und Unsinn einer gesetzlichen Regelung der Qualifikationsvoraussetzungen . . . . .	304
c) Vorschlag: Synthese des deutschen und des österreichischen Modells . . . . .	305

2. Besetzung bei einem Fünfergremium . . . . .	306
a) Keine Auswirkung auf nachträglichen behördlichen Rechtsschutz durch den verstärkten Einsatz von Juristen bei der Beschlusskammerentscheidung . . . . .	306
b) Erhöhte Richtigkeitsgewähr der Beschlusskammer- entscheidung durch den verstärkten Einsatz von Juristen . . . . .	307
c) Vorschlag: Erhöhung des Juristenanteils bei gleichzeitiger Beibehaltung der flexiblen Besetzung durch die BNetzA . . . . .	309
3. Sonderfall Präsidentenkammer . . . . .	309
III. Intensivierung der parlamentarischen Kontrolle . . . . .	311
F. Bewertung . . . . .	314
I. Zusammenfassung der Vorschläge . . . . .	314
II. Verfassungsrechtliche Effekte . . . . .	314
 9. Kapitel: Das Beschlusskammerverfahren . . . . .	 317
A. Status quo . . . . .	317
B. Änderungsvorschläge . . . . .	317
I. Öffentliche mündliche Verhandlung . . . . .	318
II. Konsultationsverfahren . . . . .	320
1. Detailliertere Regelung des Verfahrensablaufs . . . . .	320
2. Persönlicher Schutzbereich . . . . .	321
III. Stärkere Berücksichtigung der Bedeutung des Verfahrens im Umgang mit Verfahrensfehlern . . . . .	324
C. Bewertung . . . . .	325
I. Zusammenfassung der Vorschläge . . . . .	325
II. Verfassungsrechtliche Effekte . . . . .	325
 10. Kapitel: Verwaltungsinterne Kontrolle . . . . .	 326
A. Status quo . . . . .	326
B. Änderungsvorschläge . . . . .	326
I. Widerspruchsverfahren . . . . .	326
II. Andere Formen der Selbstkontrolle . . . . .	328
1. Rechtsstellung und Zusammensetzung des Kontrollorgans	329
a) Fachkundiges Gremium . . . . .	329
b) Unabhängigkeit . . . . .	330
2. Einbindung in das Verfahren . . . . .	331
3. Vorgelagerter Rechtsschutz durch Beitrag zur Richtigkeitsgewähr . . . . .	333
a) Stellungnahme zum Entscheidungsentwurf der Beschlusskammer . . . . .	333
aa) Abgabe einer Stellungnahme durch das Kontrollgremium	334
bb) Abgrenzung gegenüber der Wahrnehmung von Rechtsprechungsfunktionen . . . . .	335

cc) Ermöglichung einer substantiierten gerichtlichen Verfahrenskontrolle durch die behördliche Entscheidungs- begründung . . . . .	336
dd) Begrenzung der Verfahrensverzögerung . . . . .	337
ee) Auswirkungen . . . . .	338
b) Aktive Einbindung in das Verwaltungsverfahren? . . . . .	338
aa) Beteiligung im Rahmen der öffentlichen mündlichen Verhandlung . . . . .	339
bb) Beteiligung während des gesamten Verfahrens . . . . .	341
4. Nachgelagerter Rechtsschutz . . . . .	342
a) Denkbare Ausgestaltung . . . . .	342
b) Positiver Rechtsschutzeffekt . . . . .	344
c) Probleme im Hinblick auf Art. 92 GG . . . . .	345
C. Bewertung . . . . .	346
I. Zusammenfassung der Vorschläge . . . . .	346
II. Verfassungsrechtliche Effekte . . . . .	346

## Fünfter Teil

## Resümee

<i>11. Kapitel: Bedeutung und Potential organisations- und verfahrensrechtlicher Lösungen . . . . .</i>	351
A. Schlussfolgerungen für das Verfassungsrecht . . . . .	352
I. Die Trennung des verfassungsrechtlichen und des verwaltungsrechtlichen Diskurses . . . . .	352
II. Vorbehalt des Gesetzes . . . . .	356
III. Demokratieprinzip . . . . .	358
IV. Bestimmtheitsgebot . . . . .	360
V. Effektiver Rechtsschutz . . . . .	360
B. Schlussfolgerungen für die Dogmatik administrativer Letztentscheidungsbefugnisse . . . . .	361
I. Folgen für die Ermittlung administrativer Letztentscheidungsbefugnisse und für deren Zulässigkeit . . . . .	362
II. Notwendigkeit stärkerer Differenzierung . . . . .	366
C. Schlussfolgerungen für das Telekommunikationsrecht . . . . .	367
D. Schlussfolgerungen für das übrige Verwaltungsrecht . . . . .	368
 Literaturverzeichnis . . . . .	 371
Sachverzeichnis . . . . .	403